

# Niederschrift HFA/029/2012

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des  
Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine  
am 30.10.2012

Die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

## Anwesend als

### Vorsitzende:

Frau Dr. Angelika Kordfelder

Bürgermeisterin

### Mitglieder:

Herr Udo Bonk	CDU	Ratsmitglied
Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied
Frau Peggy Fehrmann	Fraktionslos	Ratsmitglied
Herr Dieter Fühner	CDU	Ratsmitglied
Herr Jürgen Gude	CDU	Ratsmitglied
Herr Alfred Holtel	FDP	Ratsmitglied
Herr Paul Jansen	CDU	Ratsmitglied
Herr Günter Löcken	SPD	Ratsmitglied
Herr Udo Mollen	SPD	Ratsmitglied
Frau Theresia Nagelschmidt	CDU	Ratsmitglied
Herr Josef Niehues	CDU	Ratsmitglied
Herr Rainer Ortel	Alternative für Rheine	Ratsmitglied
Herr Jürgen Roscher	SPD	Ratsmitglied
Herr Falk Toczkowski	SPD	Ratsmitglied

### Vertreter:

Herr Bernd Lunkwitz	FDP	Vertretung für Herrn Detlef Brunsch
Herr Siegfried Mau	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Vertretung für Herrn Michael Reiske

Frau Theresia Overesch	CDU	Vertretung für Frau Marianne Helmes
Herr Josef Wilp	CDU	Vertretung für Herrn Stefan Gude

**Gäste:**

Herr Kai Kröger	Mitarbeiter der EWG - zu TOP 11 und 12
-----------------	--

**Verwaltung:**

Herr Jan Kuhlmann	Erster Beigeordneter
Herr Werner Lütke-meier	Stadtkämmerer
Frau Wiebke Gehrke	Pressesprecherin
Herr Wolfgang Nehus	Stellv. Fachbereichsleiter FB 7
Herr Günter Strauch	Leiter Projektmanagement
Herr Jürgen Wullkotte	Fachbereichsleiter FB 4
Frau Julia Kersting	Schriftführerin

**Entschuldigt fehlen:**

**Mitglieder:**

Herr Detlef Brunsch	FDP	Ratsmitglied
Herr Stefan Gude	CDU	Ratsmitglied
Frau Marianne Helmes	CDU	Ratsmitglied
Herr Michael Reiske	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied

**Verwaltung:**

Herr Axel Linke	Beigeordneter
-----------------	---------------

Frau Dr. Kordfelder eröffnet die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine, entschuldigt Herrn Linke aufgrund einer Erkrankung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung des öffentlichen Teils bezieht sich Herr Roscher auf die Vorlage Nr. 379/12 – Verkauf der Berufskollegs an den Kreis Steinfurt und schlägt vor, diese Vorlage im öffentlichen Teil der Sitzung, anstatt im nicht-öffentlich Teil zu behandeln. Die Schutzwürdigkeit sei höchstens durch die Verkaufserlöse gegeben. Die Verkaufserlöse standen aber bereits in den Medien.

Herr Lütkemeier weist darauf hin, dass die damaligen Diskussionen ebenfalls öffentlich geführt wurden. Die Zahlen seien bereits öffentlich kommuniziert worden.

Frau Dr. Kordfelder schlägt sodann vor, den Tagesordnungspunkt als TOP 4 zu behandeln. Alle weiteren Tagesordnungspunkte verschieben sich nach hinten.

Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses sind mit dem Vorschlag einverstanden, den Punkt in öffentlicher Sitzung zu behandeln. Ein Erörterungsbedarf liegt nicht vor.

### **Öffentlicher Teil:**

#### **1. Niederschrift Nr. 28 über die öffentliche Sitzung am 18. September 2012**

0:04:06

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

#### **2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 18. September 2012 gefassten Beschlüsse**

0:04:32

Frau Dr. Kordfelder berichtet, dass die Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses ausgeführt worden seien. Ein besonderer Bericht zu den Anfragen und Anregungen sei nicht erforderlich, da die Verwaltung hierzu bereits in der Sitzung ausführlich Stellung genommen habe.

#### **3. Informationen**

##### **3.1. Liquiditätslage der Stadt Rheine**

0:04:55

Herr Lütkemeier informiert, dass man mit heutigem Stand zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit einen Liquiditätskredit in Höhe von 13,3 Mio. € aufgenommen habe. Bei der letzten Haupt- und Finanzausschusssitzung am 18. September 2012 lag er noch bei 11,4 Mio. €.

##### **3.2. Aktuelle Haushaltslage**

0:05:02

Herr Lütkemeier berichtet anhand der Folie über die aktuelle Haushaltslage mit Stichtag von heute.

## Aktuelle Haushaltslage für 2012

### Ergebnisplan

**Stand: 30.10.2012**

Jahresergebnis nach Haushaltsplan **-13.216.356,24 €**

Veränderungen		
alle FB	Ermächtigungsübertragungen aus dem Haushaltsjahr 2011	-200.000,00 €
alle FB	höhere Personalaufwendungen durch im März geschlossenen Tarifvertrag	-150.000,00 €
FB 2	höhere Transferaufwendungen für Hilfen zur Erziehung	-1.327.000,00 €
FB 2	höhere Transfererträge für Hilfen zur Erziehung	292.000,00 €
FB 2	geringere Transferaufwendungen für die Kindertagespflege	35.000,00 €
FB 4	höhere sonstige Erträge aus Verkauf von Wohnbaugrundstücken	500.000,00 €
		<b>-850.000,00 €</b>
SB 9	Mehrerträge bei der Gewerbesteuer - <u>Stand: 30.10.2012</u>	638.000,00 €
SB 9	Mehrerträge beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	189.000,00 €
SB 9	Mindererträge beim Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	-19.000,00 €
		<b>808.000,00 €</b>
<b>aktualisiertes Jahresergebnis</b>		<b>-13.258.356,24 €</b>
<u>nachrichtlich</u>		
<b>Schwellenwert</b>		<b>13.821.329,27 €</b>
	<b>Unterschreitung</b>	<b>562.973,03 €</b>

Herr Lütkemeier informiert, dass die Nachfrage nach Wohnbaugrundstücken sehr hoch sei und man dieser Nachfrage in bestimmten Bereichen nicht mehr gerecht werden könne.

Die Zahl zur Gewerbesteuer könne sich noch deutlich verändern. Hier sei eine Veränderung in beide Richtungen möglich.

Herr Lütkemeier verdeutlicht, dass es sich um die Stichtagsbetrachtung von heute handele. In 4 Wochen können die Zahlen wieder anders aussehen.

Herr Wilp fragt an, ob man definitiv festhalten könne, dass der Haushalt für die Jahre 2010 und 2011 unterhalb des Schwellenwertes bleibe.

Herr Lütkemeier informiert, dass der Jahresabschluss 2010 geprüft worden sei und man unterhalb des Schwellenwertes bleibe. Bei dem Entwurf des Jahresabschlusses 2011, der dem Rat vorgelegt worden sei, bleibe man auch unterhalb des Schwellenwertes. Der Jahresabschluss werde noch geprüft. Herr Lütkemeier weist aber darauf hin, dass sich in der Prüfung immer mal wieder Veränderungen ergeben. Man gehe aber davon aus, dass auch beim Jahresabschluss 2011 keine Probleme geben werde.

### **3.3. Erneuerbare Energien im Kreis Steinfurt**

0:11:22

Frau Dr. Kordfelder informiert, dass das Umweltministerium eine Studie am Beispiel der Stadt Bochum und des Kreises Steinfurt zur kommunalen Wertschöpfung durch erneuerbare Energien vorgestellt habe. Nordrhein-Westfalen profitiere eindeutig von der kommunalen Wertschöpfung. Die Studie wurde im Auftrag des Umweltministeriums vom Institut für ökologische Wirtschaftsforschung erstellt, und die Studie zeigt, dass Ökologie und Ökonomie keine Gegensätze seien. In der Studie wurde die Wertschöpfung durch regenerative Energien für den Kreis Steinfurt exemplarisch berechnet. Demnach haben Unternehmen im Kreis Steinfurt durch die erneuerbaren Energien mit ca. 46 Mio. € im Jahr 2011 profitiert. Bis 2050 soll die kommunale Wertschöpfung auf mehr als 140 Mio. € allein im Kreis Steinfurt steigen. Bezogen auf Arbeitsplätze und Steuereinnahmen sei der Studie zu entnehmen, dass sich die Steuereinnahmen der Kommunen im Kreis Steinfurt von derzeit 4,6 Mio. € bis 2020 auf über 11 Mio. € mehr als verdoppeln und bis 2050 auf fast 15 Mio. € steigen. Die Anzahl der Vollbeschäftigten nehme von 834 in 2011 auf 1.391 in 2020 und 1.788 in 2050 zu. Frau Dr. Kordfelder weist darauf hin, dass die Studie unter [www.umwelt nrw.de](http://www.umwelt nrw.de) nachzulesen sei.

### **4. Verkauf der Berufskollegs an den Kreis Steinfurt Vorlage: 397/12**

0:15:14

Herr Bonk erinnert, dass aufgrund der Änderung der Förderrichtlinien die Berufskollegs an den Kreis gegeben wurden. Er merkt an, dass es zur damaligen Zeit berechnete Hoffnungen gegeben habe, dass die Förderrichtlinien wieder geändert werden. Herr Bonk fragt an, wie hoch die Mieteinnahmen bis zur Übergabe der Berufskollegs an den Kreis Steinfurt seien. Herr Bonk macht darauf aufmerksam, dass in der Beschlussvorlage 3 Punkte aufgeführt worden seien. Den Punkten 1 und 2 werde die CDU-Fraktion zustimmen. Der Punkt 3 sei überflüssig und könne gestrichen werden. Es bestehe eine gesetzliche Grundlage, dass, wenn Vermögen veräußert werde, es den liquiden Mitteln zugeschlagen werden müsse. Die CDU-Fraktion beantragt, den Punkt 3 zu streichen.

Herr Roscher teilt mit, dass die SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen werde. Er weist darauf hin, dass man bei einem Verkauf vor 2 Jahren bessere Ergebnisse hätte erzielen können. Die Förderrichtlinien wurden auf der Grundlage des Gesetzes beibehalten.

Herr Roscher zitiert folgenden Auszug aus der Niederschrift des Rates vom 28. September 2010:

*Herr Lütke-meier bezieht sich auf die Ausführungen von Herrn Nie-hues und weist darauf hin, dass der Kreis beim Mietmodell von der Stadt Rheine die Fortführung der Kostenbeteiligung auf der bisherigen Basis für das Jahr 2011 als Übergangsjahr erwarte. Wenn man 2008 als Basisjahr zugrunde lege, sei von 270.000,00 € auszuge-hen.*

*Bei einem Verkauf der Berufskollegs hätte die Stadt Rheine die Zuweisungen, die sie aus dem Finanzausgleich für 2011 erhalte, vermindert um die darauf zu zahlende Kreisumlage an den Kreis erstaten müssen, was sicherlich auch gerechtfertigt sei. Zudem weist Herr Lütke-meier darauf hin, dass die Stadt Rheine die Schulpauschale bisher in gleicher Höhe erhalten habe. Was diesbezüglich der Vorteil und das Entgegenkommen des Kreises sein sollte, könne er nicht nachvollziehen.*

*Aus seiner Sicht müsse man beide Modelle einmal in der Wirkung vergleichen. Dabei werde man einen gravierenden Unterschied feststellen. Die Stadt Rheine spare sowohl beim Mietmodell als auch beim Kaufmodell auf Dauer gesehen jährlich die Kostenbeteiligung in Höhe von 270.000,00 €. Nur beim Kaufmodell sei schon ab 2011 eine Zinersparnis von 210.000 €/jährlich zu verzeichnen. Gegenüber dem Kaufmodell falle beim Mietmodell die jährliche Abschreibung an und im Übergangsjahr 2011 müsse die Stadt auf der Basis der bisherigen Kostenteilungsregelung mindestens 270.000 € tragen.*

*Wenn alle diese Finanzbeziehungen berücksichtige, dann komme man zu dem Ergebnis, dass das Kaufmodell der Stadt Rheine für die Jahre 2011 und 2012 unter Berücksichtigung des vom Kreis inzwischen schon beschlossenen Kaufpreises eine Verbesserung von 966.000,00 € und ab 2013 dauerhaft eine Verbesserung von 113.000,00 €/jährlich bringen würde.*

*Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, lässt Frau Dr. Kordfelder über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion abstimmen.*

Herr Roscher weist drauf hin, dass festzustellen sei, dass der seinerzeit gefasste Beschluss ein finanzieller Nachteil für die Stadt Rheine gewesen sei. Dieses habe die damalige Mehrheit zu verantworten.

Herr Holtel macht deutlich, dass es damals viele Unwägbarkeiten gegeben habe, daher habe man die Berufskollegs in der Verfügungsmacht der Stadt Rheine gelassen. Die damalige Entscheidung sei die Richtige gewesen.

Herr Mau erinnert, dass die Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN damals bereits starker Verfechter des Verkaufs gewesen sei. Es sei ein großer Fehler gemacht worden, die Berufskollegs nicht zu verkaufen, der der Stadt Rheine 1 Mio. € gekostet habe. Herr Mau beantragt, das Wort „teilweise“ aus dem Punkt 3 des Beschlussvorschlages zu streichen.

Herr Ortel merkt an, dass die Fraktion Alternative für Rheine dem Beschlussvorschlag zustimmen werde. Er halte es jedoch für maßlos überzogen, dass dieser Gegenstand jetzt derartig zum politischen Schlagabtausch gemacht werde. Nüchtern betrachtet wäre es besser gewesen, diesen Schritt schon früher zu gehen. Vor 2 Jahren seien die Umstände jedoch nicht eindeutig gewesen.

Herr Wilp weist darauf hin, dass es dem Bürger gegenüber schwer verständlich zu machen sei, dass die Berufsschule bei einem anderen Träger mehr Zuschüsse vom Land bekomme. In der gegenwärtigen Situation sei es für die Stadt Rheine finanziell nicht möglich, sich die Berufskollegs weiter zu leisten.

Herr Jansen macht deutlich, dass der Kaufpreis dem Restbuchwert entspreche und somit völlig korrekt sei. Herr Jansen fragt an, wann der Kauf erfolgen solle und ob es eine Regelung gebe, wann und in welchen Raten der Kaufpreis fließen solle.

Herr Mollen gibt zu bedenken, dass die damalige Fehleinschätzung der Stadt Rheine fast 1 Mio. € gekostet habe. Rheine sei die einzige kreisangehörige Stadt in Nordrhein-Westfalen gewesen, die sich ein Berufskolleg geleistet habe; vor diesem Hintergrund sei nicht zu erwarten gewesen, dass es eine Änderung der Förderrichtlinien geben werde. Herr Mollen erinnert, dass gesagt worden sei, dass der Kreis sich nicht ausreichend um die Schule kümmern werde. Auch dieses sei nicht eingetreten. Der Kreis Steinfurt kümmere sich ausreichend um die Berufskollegs.

Herr Niehues macht deutlich, dass es zu keinem Zeitpunkt die Äußerung gegeben habe, dass der Kreis Steinfurt hinsichtlich der Berufskollegs kein verlässlicher Partner sei.

Herr Roscher weist darauf hin, dass unter Punkt 3 im Beschlussvorschlag mit dem Wort „teilweise“ gemeint sei, dass der Erlös von 6,6 Mio. € nicht zur völligen Auflösung der Liquiditätskredite ausreiche.

Herr Lützkemeier bezieht sich auf die Fragen von Herrn Jansen und teilt mit, dass der Verkauf zum 1. Januar 2013 durchgeführt werde. Der Mittelzufluss müsse somit dem Haushaltsjahr 2013 zugeordnet werden. Herr Lützkemeier gibt an, dass man aus Sicht der Verwaltung die Berufskollegs damals bereits verkauft hätte. Herr Lützkemeier informiert, dass man damals einen Kaufpreis über dem damals zu Buche stehenden Restbuchwert hätte vereinbaren können. Der Restbuchwert betrug damals 6,8 Mio. €. Der Kreis habe damals 7 Mio. € angeboten. Herr Lützkemeier weist darauf hin, dass der Kreis Steinfurt 2/3 der restlichen noch verbleibenden Aufwendungen nach Abzug aller Zuwendungen und Verrechnungen mit Kreisumlage etc. hätte tragen müsse und die Stadt Rheine 1/3. Die letzte Abrechnungszahl aus 2008 lag bei 270.000,00 €.

Herr Lützkemeier macht deutlich, dass man mit dem Kapital von 7 Mio. € deutliche Zinersparungen bei den Investitionskrediten gehabt hätte, die in dieser Phase aufgenommen wurden, oder es hätte Einsparungen bei den Liquiditätskrediten gegeben. Auch dieses sei unbestritten.

Herr Lützkemeier hält fest, dass eine Mietzahlung von jährlich 200.000,00 € vereinbart worden sei.

Diese Zahlung setzt sich folgendermaßen zusammen:

103.000,00 € Abschreibungen (diese habe man 2011 und 2012 in Rheine gehabt)

+ 56.000,00 € (Zuschlag für die Dienstleistung der Objektbetreuung)

+ 41.000,00 € (aus der Schulpauschale, die der Kreis erhalten habe nach Übergang der Trägerschaft, die für die Miete eingesetzt werden).

Daraus ergeben sich Mietzahlungen von 200.000,00 €. Diese 200.000,00 € seien in den 2 Jahren geflossen.

Herr Lützkemeier bezieht sich auf die Anmerkung von Herrn Bonk und gibt an, dass man nicht gesetzlich dazu verpflichtet sei, den Kaufpreis für die Rückführung des Kredites zur Liquiditätssicherung einzusetzen. In der Begründung zu Punkt 3 habe er 2 Punkte aufgeführt. Zum einen gebe es den Ratsbeschluss, dass jede Vermögensveräußerung zur Ergebnisverbesserung zu nutzen sei, und zum anderen habe man seinerzeit festgelegt, dass man die Haushaltskonsolidie-

zung auf der Basis der Anforderungen eines gesetzlichen Haushaltssicherungskonzeptes durchführe. Daher sei es sachgerecht, dass dieser Punkt 3 so beschlossen werde. Die Verwaltung werde diese Einzahlung als Einzahlung für den Haushalt 2013 behandeln und nicht weiter für irgendwelche Zwecke einsetzen. Herr Lütke-meier bezieht sich auf die Frage von Herrn Jansen und merkt an, dass er davon ausgehe, dass es sich um eine Einmalzahlung handle. Über die genauen Zahlungsmodalitäten müsse noch gesprochen werden.

Frau Dr. Kordfelder verweist auf die Vorlage und den Beschluss, den der Haupt- und Finanzausschuss am 31. Januar 2012 gefasst habe hin. Darin gebe es die Beauftragung an die Verwaltung, einen Vorschlag zur Mittelverwendung zu machen. Genau das habe Herr Lütke-meier mit Punkt 3 gemacht.

Herr Bonk teilt mit, dass er kein Problem mit dem Punkt 3 habe. In der Fraktion sei man sich einig, dass diese Mittel nur für die Liquiditätssicherung einzusetzen seien. Deswegen sei man davon ausgegangen, dass der Passus nicht in den Beschlussvorschlag aufgenommen werden müsse. Da aber alle das gleiche Ziel verfolgen, könne der Punkt 3 auch stehen bleiben.

Frau Dr. Kordfelder bezieht sich auf den Antrag von Herrn Mau und teilt mit, dass das Wort „teilweise“ auch entbehrlich sein müsste dadurch, dass es sich um eine teilweise Rückführung handle, weil die Rückführung eigentlich noch größer sein müsste.

#### **Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, folgende Beschlüsse zu fassen:

Der Rat der Stadt beschließt

1. den Verkauf der Grundstücke mit aufstehenden Gebäuden der Berufskollegs Rheine entsprechend dem als Anlage 1 der Vorlage beigefügten Lageplan an den Kreis Steinfurt  
Kaufpreis: 6.609.059,41 €  
entsprechend dem Restbuchwert zum 31. Dezember 2012,
2. die endgültige Übertragung der Trägerschaft der Berufskollegs Rheine auf den Kreis Steinfurt  
  
und
3. den Kaufpreis zur (teilweisen) Rückführung des Kredites zur Liquiditätssicherung einzusetzen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**5. Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für die Grund- und Gewerbesteuer der Stadt Rheine (Hebesatzsatzung)  
Vorlage: 401/12**

0:54:08

Herr Lütkemeier macht deutlich, dass es für 2013 eine Deckungslücke in einer ganz erheblichen Größenordnung gebe. Zur Kompensation werde eine Steuererhöhung vorgeschlagen.

Herr Bonk merkt an, dass der Schwellenwert keine Richtschnur sei. Selbst wenn er unterschritten werde, mache die Stadt Rheine immer noch Schulden. Ziel müsse es sein, den Haushalt zu konsolidieren. Die CDU-Fraktion habe lange über eine Steuererhöhung diskutiert. Wenn man sich den Haushalt betrachte, komme man nicht um eine Steuererhöhung herum. Auch müssen andere Positionen des Haushaltes noch einmal genauer unter die Lupe genommen werden. Im Bereich der Fallzahlen in der Jugendhilfe müsse noch einmal untersucht werden, ob es notwendig sei, diese hohen Beträge dort einzusetzen.

Herr Roscher stimmt den Ausführungen von Herrn Bonk zu und merkt an, dass die SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen werde.

Herr Ortel weist darauf hin, dass es ein notwendiger Schritt sei, der nicht davon abhalten dürfe, die Ausgabe Seite zu reduzieren. Die Fraktion Alternative für Rheine werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Herr Holtel macht deutlich, dass Rheine sich im Vergleich mit anderen Städten aus Nordrhein-Westfalen durch die geplante Erhöhung der Steuer vom unteren Mittelfeld ins obere Mittelfeld steigern würde. Im Kreis Steinfurt wäre Rheine dann mit 480 Punkten an der Spitze. Rheine müsse für junge Familien attraktiv bleiben. Die FDP-Fraktion werde die Grundsteuererhöhung nicht mittragen.

Herr Mau teilt mit, dass sich die Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN enthalten werden. Es gebe immer noch genug Mittel und Wege, den Haushalt zu konsolidieren.

Herr Niehues gibt zu bedenken, dass es ohne Veränderung auf Bundes- und Landesebene viele Kommunen in Nordrhein-Westfalen nicht schaffen werden, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Herr Niehues vermerkt, dass die Einnahmeseite angepasst werden müsse. Eine gut funktionierende Kommune mit einem guten Schul-, Jugendhilfe- und Sozialangebot sei auch eine Qualität, die die Menschen in Rheine erkennen.

**Beschluss:**

Die Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für die Grund- und Gewerbesteuer in der Stadt Rheine (Hebesatzsatzung, Anlage 1 der Vorlage) wird beschlossen.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	16	Ja-Stimmen
	2	Nein-Stimmen
	1	Stimmenthaltung

Frau Dr. Kordfelder informiert, dass man zu dem Thema der Haushaltskonsolidierungsliste aus der Strategie- und Finanzkommission wieder auf die Politik zurückkommen werde. Die Vorschläge zum Haushalt 2012 seien gesammelt worden und man sei derzeit in der Überarbeitung. Es werde eine Vorlage dazu geben. Im Zuge der Haushaltsplanberatungen, werden die Vorschläge den Fachausschüssen vorgelegt.

Frau Dr. Kordfelder macht deutlich, dass, bezogen auf die Fallzahlen, kein Spielraum bestehe. Das Gegenteil sei der Fall. Es werde eine Vorlage geben, um eine halbe Stelle zusätzlich einzuführen.

Herr Lütke-meier informiert, dass nicht unbedingt der Bereich der Hilfen zur Erziehung betroffen sei, sondern der Bereich des SGB XII, wo die Fallzahlen in der Entwicklung sehr dramatisch seien. Im Vergleich mit anderen Kommunen im Kreis liege die Stadt Rheine an der absoluten Schmerzgrenze, was den Personaleinsatz betreffe.

Herr Lütke-meier weist darauf hin, dass er sich den Vorschlag der Steuererhöhung nicht leicht gemacht habe. In der bisherigen Finanzplanung sei ablesbar gewesen, dass eine Steuererhöhung unverzichtbar sei.

Herr Lütke-meier macht darauf aufmerksam, dass er Große Sorgen habe, was das Thema Schuldenbremse für Auswirkungen haben werde. Die Standards in verschiedenen Bereichen müssten deutlich hinterfragt und neu justiert werden.

**6. Handlungsansätze zur Haushaltskonsolidierung - Lfd. Nr. 1.27 der Liste 1 der Konsolidierungsvorschläge; hier: 10%ige Kürzung Zuschüsse  
Vorlage: 400/12**

1:24:35

Herr Bonk und Herr Fühner erklären sich zu diesem Tagesordnungspunkt für befugten.

Herr Niehues weist darauf hin, dass die CDU-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen werde. Eine Förderung an dieser Stelle sei sachgerecht. Die CDU-Fraktion gehe davon aus, dass der Kämmerer bei der Haushaltseinbringung 2013 nicht den Vorschlag wiederhole, den man in den letzten Jahren als nicht sehr produktiv empfunden habe, generell 10 % bei allen zu streichen.

Herr Roscher teilt mit, dass die SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen werde. Der NaturZoo sei ein Leuchtturm für die Stadt Rheine.

Herr Ortel merkt an, dass auch die Fraktion Alternative für Rheine dem Beschlussvorschlag zustimmen werde, jedoch könne er sich vorstellen, dass man vielleicht in Situationen kommen werde, in denen man sich das eventuell nicht mehr leisten könne.

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt, die Zuschüsse an die Stiftung NaturZoo Rheine nicht zu kürzen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**7. Handlungsansätze zur Haushaltskonsolidierung - Lfd. Nr. 2.25 der Liste 2 der Konsolidierungsvorschläge; hier: Interkommunale Zusammenarbeit - Finanzbuchhaltung  
Vorlage: 402/12**

1:30:30

Herr Lütkemeier weist darauf hin, dass die Beratungsfolge geändert werden müsse. Dort sei eine Beschlussfassung im Rat vorgesehen. Dieses müsste gestrichen werden, sodass der Haupt- und Finanzausschuss abschließend entscheidet.

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur interkommunalen Zusammenarbeit im Bereich Finanzbuchhaltung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die Möglichkeiten zur Zusammenarbeit weiter zu beobachten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**8. Eingaben an den Rat der Stadt bzw. an den Haupt- und Finanzausschuss**

1:32:17

Frau Dr. Kordfelder trägt den Inhalt des als Anlage 1 dieser Niederschrift beige-fügten Antrages des Stadtteilbeirates Schotthock vom 11. Oktober 2012 auf eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf dem Teilstück der Ludgeristraße zwischen Bayernstraße und Bonifatiusstraße, auf dem eine Grundschule, ein Kindergarten und 2 Bushaltestellen liegen, vor.

Die Ausschussmitglieder sind mit der Empfehlung der Bürgermeisterin, diesen Antrag den Arbeitskreis Verkehr zu verweisen, einverstanden.

Frau Dr. Kordfelder trägt den Inhalt des als Anlage 2 dieser Niederschrift beige-fügten Antrages des Stadtteilbeirates Gellendorf/Südesch vom 18. Oktober 2012 auf eine Entschärfung der Verkehrsführung am Schwarzen Weg in Rheine Gellendorf vor.

Die Ausschussmitglieder sind mit der Empfehlung der Bürgermeisterin, diesen Antrag den Arbeitskreis Verkehr zu verweisen, einverstanden.

Frau Dr. Kordfelder trägt den Inhalt des als Anlage 3 dieser Niederschrift beige-fügten Antrages des Stadtteilbeirates Rodde/Kanalhafen vom 24. Oktober 2012 auf die Weiterführung des Radweges an der L 591 (Fernrodder Straße) vom Ortsende bis zum Abzweig Am Hemelter Bach vor.

Die Ausschussmitglieder sind mit der Empfehlung der Bürgermeisterin, dass die Verwaltung mit dem Stadtteilbeirat Kontakt aufnimmt und die Möglichkeit einer Bürgerinitiative erörtert und, sollte es zu einer Bürgerinitiative kommen, den Antrag an den Kreis Steinfurt und an Straßen NRW weiterleitet, einverstanden.

Frau Dr. Kordfelder trägt den Inhalt des als Anlage 4 dieser Niederschrift beige-fügten Antrages eines Anliegers des Wacholderweges aus Rheine vom 24. Oktober 2012 zum Thema „Kanal-TÜV/Hausbesitzer ab 1965“ vor.

Die Ausschussmitglieder sind mit der Empfehlung der Bürgermeisterin, diesen Antrag zuständigkeitshalber an die Technischen Betriebe Rheine zu verweisen, einverstanden.

## **9. Einwohnerfragestunde**

1:36:39

Es folgen keine Wortmeldungen.

## **10. Anfragen und Anregungen**

1:36:50

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

***Ende des öffentlichen Teils der Sitzung: 18:39 Uhr***

---

Dr. Angelika Kordfelder  
Bürgermeisterin

---

Julia Kersting  
Schriftführer